

## **Einleitendes Vorwort**

Die Ausführungen im vorliegenden Buch drehen sich um die grundsätzliche Frage, wie ‚man‘ sich politische Praxis vorstellen soll. Dabei geht es insbesondere um diejenige Praxis, die sich über die Tätigkeiten von Elite- und Regierungsnetzwerken in den Bereich der sogenannten internationalen Beziehungen übersetzt. Das Erkenntnisinteresse des verallgemeinerten Kollektivsubjekts ‚man‘ am richtigen Begriff der internationalen Beziehungen speist sich aus einem unvoreingenommenen Orientierungsbedarf, von dem angenommen wird, dass er für viele interessierte ‚Beobachter/innen‘ des politischen Geschehens in Deutschland während des frühen 21. Jahrhunderts einschlägig ist. Weiterhin wird angenommen, dass sich der hier vorausgesetzte Typus des bzw. der interessierten Beobachters/Beobachterin<sup>1</sup> durch eine genuin menschliche Sorge um den Schutz der menschlichen Lebensgrundlagen sowie die begründete Hoffnung auf Frieden bzw. eine Reduzierung der allgegenwärtigen Atomkriegsgefahr auszeichnet. Der genauso interessierte wie besorgte Blick eines verallgemeinerten Kollektivsubjekts auf die politische Praxis wird mithin als Ausdruck eines normalen Alltags- bzw. eines ‚gesunden‘ Menschenverstands behandelt. Unter der Prämisse, dass die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Welt allein einer vernünftigen Wahrheitssuche verpflichtet ist, richten sich die Ausführungen in diesem Buch an neugierige bzw. unvoreingenommene Zeitgenoss/innen und ausdrücklich nicht an weltanschaulich festgelegte Advokaten politischer Willkür.

Das Problem, von dem aus die oben aufgeworfene Frage ihre Relevanz erhält, liegt darin, dass wichtige, weil folgenreiche, Formen moderner politischer Praxis in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit allzu oft isoliert betrachtet und in aller Regel auch extrem klischehaft repräsentiert werden, was aus der Perspektive von interessierten und besorgten Beobachter/innen im 21. Jahrhundert mindestens befremdlich wirken muss, weil es einer allgemeinen ‚Bewusst‘werdung entgegenwirkt, die wiederum die Basis für eine raumzeitlich angemessene Art und Weise der menschlichen Selbstorganisation bildet. Dieses Problem ist nicht neu sondern reicht bis in Zeit zurück, als hohe Staatsbeamte (u. a. Hardenberg, Altenstein, Niebuhr) in Preußen anno 1810 eine umfassende wirtschaftliche Modernisierung vorantrieben. Zeitzeugen und historische Expert/innen würdig(t)en die Maßnahmen damals wie heute als ‚Aufbruch in eine neue Zeit‘ des fortschrittlichen Wandels, insofern die Aufhebung der Zünfte und die Einführung der Gewerbefreiheit wichtige Voraussetzungen für die spätere Industrialisierung schufen.

Was dabei befremdlich wirkt, ist die Tatsache, dass die Architekten des preußischen Wirtschaftswunders bei ihrem Tun zwar ganz im Sinne des kultivierten Klischees von

---

<sup>1</sup> Im Folgenden wird versucht, geschlechtsneutrale Zuschreibungen vorzunehmen, wo es angezeigt erscheint. Die Ausführungen stehen im Licht der Überzeugung, dass jede Form der geschlechtlichen Diskriminierung ganz grundsätzlich unangemessen ist.

neuen progressiven Denkweisen aus dem angelsächsischen Raum angetrieben wurden<sup>2</sup>, dass sie aber faktisch genauso offensichtlich wenig Gespür für die sinnvolle Auslegung der Lehre vom freien Wirtschaftsleben an den Tag legten<sup>3</sup>. Ebenso wenig brillierten sie durch ein angemessenes Bewusstsein um die staatsrechtlichen, soziokulturellen und ökologischen Rahmenbedingungen für das Gelingen der von ihnen verordneten Schocktherapie<sup>4</sup>. Nüchtern und in einem größeren historischen Kontext betrachtet, setzten die Architekten des preußischen Wirtschaftswunders mit der Schaffung von Voraussetzungen für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine Entwicklung in Gang, die einem ökonomistischen Denken Vorschub leistete, die einen immer weiter zunehmenden Energiehunger im produzierenden Gewerbe auslöste, die politische Zentralisierung bewirkte, die gesellschaftliche Spezialisierung, Ausdifferenzierung und Stratifizierung vorantrieb, die natürliche Stoffwechselkreisläufe zerstörte

---

2 Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800 – 1866: Bürgerwelt und starker Staat (München: Beck, 2017), 48.

3 Die Smith'sche Lehre wurde vor allem dadurch vernünftig, dass sie sich in den geistigen Aufbruch Schottlands einfügte, in dem die Überwindung des Feudalabsolutismus und die damit verbundene Befreiung der Leibeigenen zum Zweck der Förderung größerer Selbständigkeit breiter Bevölkerungsschichten von den progressiven Intellektuellen als ein wesentlicher Schritt zu einer gesamtgesellschaftlichen *moral improvement* sowie einer Hebung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands angesehen worden war Vgl. Gerhard Huber; Adam Smith: Der Zusammenhang von Moralphilosophie, Ökonomie und Institutionentheorie, in: G. Göhler et al. (Hg.), Politische Institutionen im gesellschaftlichen Umbruch. Ideengeschichtliche Beiträge zur Theorie politischer Institutionen (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990), 293 – 309.

4 Die Liberalisierung des Grundeigentums und die Einführung der Gewerbefreiheit nahm der großen Mehrheit *de facto* die materielle Basis für ihren Lebensunterhalt, während die vormals bestehenden staatlichen Schutzzvorrichtungen einfach abgeschafft wurden. Vgl. Arno Herzig, Unterschichtenprotest in Deutschland 1790 – 1870 (Göttingen: Vandenhoeck, 1988), 10: „Durch die Liberalisierung von Wirtschaft und Handel befreite sich der Staat von Pflichten, die er im *Ancien Régime* erfüllt hatte. [...] Die Gewerbe ließ er weitgehend machen, was sie wollten, um die sozialen Mißstände infolge der Liberalisierung kümmerte er sich kaum.“ Viele Adlige behielten oft ihren Grund, weil die Bauern die Kompensationen nicht leisten konnten; die sogenannte Domänenpacht erforderte überdies zumeist unerschwingliche Investitionen; und außerdem traten Bauern mit den reicheren Gutsbesitzern in direkte Konkurrenz. Für eine gegenteilige Interpretation, vgl. Wolfram Fischer, Armut in der Geschichte. Erscheinungsformen und Lösungsversuche der ‚Sozialen Frage‘ in Europa seit dem Mittelalter (Göttingen: Vandenhoeck, 1982), 56 – 62, der den Pauperismus im 19. Jahrhundert als Ausläufer der vorindustriellen Armut begreift, der als solcher nicht neu und ‚nur‘ aufgrund einer neuen humanistischen Sensibilität als problematisch empfunden worden war. Die neuhumanistische Sensibilität für Leid und Elend stellt freilich die entscheidende Zäsur für die Bewertung ‚vernünftiger‘ sozioökonomischer Entwicklungen in der Moderne dar Vgl. mit Verweis auf die ökologische Dimension der wirtschaftlichen Modernisierung John Bellamy Foster & Brett Clark, The Robbery of Nature: Capitalism and the Ecological Rift (New York: Monthly Review Press, 2020), 15: „To underscore the enormity of the crisis of soil ecology, [in the 1850s, the celebrated German chemist Justus von] Liebig made a point of attacking entrenched notions propounded by some agriculturalists and the classical political-economist David Ricardo that the ‚power of the soil‘ on any given plot of land was ‚indestructible‘ and hence ‚inexhaustible.‘ The development of modern chemistry had discredited such views.“

und die schlussendlich im imperialistischen Wettbewerb der westlichen Staatsapparate um Rohstoffquellen, Investitionsmöglichkeiten und Absatzmärkte kulminierte.

In einem ähnlichen Licht stand die Intervention des Bundeswirtschaftsministeriums im Frühjahr 2021 in das zeitweise stockende Genehmigungsverfahren für den Bau einer *Gigafactory* in einem brandenburgischen Wasserschutzgebiet südlich von Berlin. Von Wirtschaftsfachleuten und den deutschen Medien wurde die mit dem Projekt verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Konjunkturbelebung in der Zuliefer-, Bau- und Verkehrsindustrie ganz überwiegend als Auslöser eines veritablen *booms* für die Region gefeiert<sup>5</sup>. Was dabei befreudlich wirkt, ist die Tatsache, dass weder die staatlichen Förderer des Wirtschafts- und Technologiestandorts Deutschland noch die beflissenen Kommentator/innen ein angemessenes Bewusstsein für die sozioökologischen Konsequenzen des Projekts in Zeiten eines sich rapide verschärfenden Klimawandels an den Tag legten; angefangen bei der enormen Verkehrsbelastung, dem unvorhersehbaren Flächenfrass aufgrund von Infrastruktur-Neubauten bis hin zum immensen Wasserverbrauch in einer bereits zu diesem Zeitpunkt vergleichsweise niederschlagsarmen Region. Offensichtlich spielte es für die begriffliche Charakterisierung solcher Projekte immer noch keine große Rolle, ob die ressourcenintensive Produktionsweise im Zusammenhang mit dem eingeübten Mobilitäts- und Konsumverhalten vieler Verbraucher/innen auf der Nordhalbkugel die Substanz des globalen Ökosystems im kleinen wie im großen Maßstab unwiederbringlich aufzehrt. Journalistische Kommentator/innen und Expert/innen in wirtschaftspolitischen Fragen schienen sich mit einem ökonomistischen Selbstverständnis einig darin zu sein, dass die Beibehaltung kollektiv eingeübter Verhaltensmuster bei einer gleichzeitig intensivierten Ausbeutung von Naturressourcen mit unvermeidlichen Kollateralschäden auf dem Weg zu mehr ‚Fortschritt‘ und ‚Wachstum‘ einhergeht.

Unvermeidlich scheinen für viele auch die Konsequenzen der westlichen Produktionsweise zu sein, die sich nicht zuletzt in einer verstärkten Bereitschaft der einflussreichsten Kreise zur kriegerischen Aneignung der globalen Energieressourcen und Industriemetalle manifestiert<sup>6</sup>. Wie die strategische Ausrichtung führender westlicher Regierungen bzw. Institutionen seit Jahrzehnten suggeriert<sup>7</sup>, haftet dem post/modernen

<sup>5</sup> Vgl. Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Pressepiegel Dietmar Harhoff zum Bau der neuen Tesla-Fabrik im Raum Berlin, 18. Novermer 2019, [https://www.ip.mpg.de/fileadmin/ipmpg/content/presse/Pressepiegel/2019\\_Harhoff\\_Tesla\\_Pressepiegel.pdf](https://www.ip.mpg.de/fileadmin/ipmpg/content/presse/Pressepiegel/2019_Harhoff_Tesla_Pressepiegel.pdf) (zuletzt besucht am 15.01.23).

<sup>6</sup> Flankiert und normalisiert wird diese verstärkte Kriegsbereitschaft durch die Proliferation von neuen *War Studies*-Programmen an führenden westlichen Universitäten und Forschungsinstituten.

<sup>7</sup> Vgl. Thomas Roithner, Europa Macht Frieden: Sieben konstruktive und grunderneuernde Näherungen, JBZ-Arbeitspapiere 41 (2017), 16: „Die deutsche Bundeswehr bekräftigte 1992 in den Verteidigungspolitischen Richtlinien die ‚Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung‘ umzusetzen. Die französische oder britische Haltung gilt diesbezüglich traditionell als ebenso wenig zurückhaltend.“ Vgl. das vom EU-Rat anno 2004 in Auftrag gegebene *European Defence Paper*, auszugsweise zitiert bei Thomas Roithner, Ressourcensicherung, in: Th. Jäger (Hg.), Handbuch Sicherheitsgefahren (Wiesbaden: Springer VS, 2015), 65–74, 70–71. Vgl. NATO, Das Strategische Konzept des Bündnisses (1999), Rdnr. 24,

Krieg trotz seiner manifesten Destruktivität weiterhin die Aura der Unverzichtbarkeit an. Dabei hätte es zumal in Deutschland genug historische Anlässe gegeben, über den Widersinn des institutionalisierten Vernichtungskrieges zwischen imperialistischen Konkurrenten nachzudenken. So hatten sich selbst in der Spätphase des Ersten Weltkriegs noch Tausende hohe Staatsbeamte, Lehrer, Geistliche, Vertrauensleute aus der Bauernschaft sowie diverse andere Honoratioren im Auftrag des preußischen Kriegsministeriums darum bemüht, den ‚schädlichen‘ Einfluss des Pazifismus auf die deutsche Gesellschaft durch eine Beförderung der Kriegsbegeisterung in der Bevölkerung zurückzudrängen. Die massiven Kriegsgreuel, hervorgerufen u.a. durch den allseitigen Einsatz von Giftgas, Splittergranaten und neuen Munitionsarten (Schrapnell- bzw. Dum dum-Geschosse) im Stellungskrieg zwischen den Schützengräben, die von willkürlicher Gewalt gegen die ganz überwiegend unbeteiligte Zivilbevölkerung begleitet wurden, waren in der deutschen Gesellschaft zwar schon weithin bekannt. Dennoch gaben sich viele Angehörige der gebildetsten Strata dafür her, die Einstellung der Bevölkerung zugunsten eines nachgerade chauvinistischen National- bzw. Staatspatriotismus sowie den bereits völlig abwegig gewordenen Glauben an einen Endsieg gegen die ‚unmenschlichen Feinde‘ des deutschen Volkes in Frankreich bzw. Russland zu beeinflussen.

Analog dazu fällt auf, dass sich unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 die allermeisten politischen und gesellschaftlichen Eliten in Deutschland darin einig waren, dass der russische Einmarsch als ein heimtückischer Akt zu verstehen wäre, der quasi auf das alleinige Betreiben eines irregeleiteten Diktators mit revisionistischen imperialistischen Großmachtansprüchen zurückzuführen war. Parallel dazu wurde nicht etwa die Notwendigkeit einer sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen betont, sondern die Rede von der Notwendigkeit einer großangelegten Unterstützung der Ukraine zur militärischen Verteidigung ‚westlicher Werte‘ und einem Schutz der ‚regelbasierten internationalen Ordnung‘ gegen die russische Aggression angestimmt. Die Rufe nach einer militärischen Entscheidung des Krieges gegen ‚Putins Russland‘ wurden in der deutschen Medienöffentlichkeit abermals im Licht massiver Kriegsgreuel forciert und so einhellig und emphatisch unterstützt, dass alle Vorschläge zugunsten einer Verhandlungslösung zwischen den unmittelbar Kriegsbeteiligten schon als Komplizenschaft mit Russland und der Einsatz von Atomwaffen als

---

[https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_27433.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_27433.htm?selectedLocale=de) (zuletzt besucht am 14.01.23); vgl. NATO Lisbon Summit Declaration (2010), Rdnr. 41, [https://www.nato.int/cps/en/natolive/official\\_texts\\_68828.htm](https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_68828.htm) (zuletzt besucht am 14.01.23); vgl. NATO, Strategic Concept (2022), Rdnr. 26, <https://www.nato.int/strategic-concept/> (zuletzt besucht am 14.01.23). Vgl. The White House, National Security Strategy of the United States of America (Washington, 2002), 19–20; vgl. The White House, National Security Strategy of the United States of America (Washington, 2017), 23: ‚The United States will seek to ensure universal access to affordable, reliable energy, including highly efficient fossil fuels, nuclear, and renewables, to help reduce poverty, foster economic growth, and promote prosperity.‘ Vgl. The White House, National Security Strategy of the United States of America (Washington, 2022), 28.

eine hinnehmbare Begleiterscheinung im kollektiven Abwehrkrieg gegen eine feindliche Aggression beschrieben werden konnten.

Dabei wirkt es befremdlich, dass sich so viele Volksvertreter/innen nicht mehr an die verfassungsrechtliche Friedenspflicht<sup>8</sup> erinnerten, und dass so viele Expert/innen in Deutschland als veritable Parteigänger/innen des transatlantischen Imperialismus auftraten und in der Medienöffentlichkeit darauf verzichteten, eine nüchterne historische Betrachtung der Geschehnisse anzustellen. So blieben zwangsläufig all die ‚unbequemen‘ Fakten unberücksichtigt, die das spätestens seit 2014 offiziell beschützte Narrativ über die Freund-Feind-Konstellation zwischen dem ‚guten‘ Westen und dem ‚bösen‘ Russland weniger künstlich und klischeehaft hätten erscheinen lassen<sup>9</sup>. Aus der Sicht interessierter und besorgter Beobachter/innen diskreditierten sich mithin all diejenigen wissenschaftlichen Expert/innen, die die stetige Eskalation der Krise in der Ukraine der alleinigen Verantwortung russischer Kräfte zugeschrieben und jede Verstrickung westlicher – und ukrainischer – Kräfte von Anfang an kategorisch ausgeschlossen hatten<sup>10</sup>. Schließlich hat es seit vielen Jahren Indizien für die Involvierung westlicher Akteursinstanzen und die Existenz eigentümlicher Interessenlagen sowie daraus entspringender Aktivitäten in der Ukraine und dem eurasischen Raum gege-

---

<sup>8</sup> Einschlägig sind u. a. die Präambel; Art. 1, Abs. 2; Art. 9, Abs. 2; Art. 20, Abs. 3; Art. 25; und insbesondere Art. 26 GG.

<sup>9</sup> Vgl. dazu u. a. Oliver Boyd-Barrett, Western Mainstream Media and the Ukraine Crisis: A Study in Conflict Propaganda (London: Routledge, 2017), 2: „The one-sidedness of corporate mainstream Western media coverage in support of the official perceptions of Washington speaks not to the pluralism of a media era lauded by celebrants of digital and social media but to a much older narrative of complicity with the propaganda aims of imperial power“

<sup>10</sup> Vgl. exemplarisch dazu Taras Kuzio, A New Framework for Understanding Nationalisms in Ukraine: Democratic Revolutions, Separatism and Russian Hybrid War: Geopolitics, History, and International Relations 7:1 (2015), 30–51. Als einer der am häufigsten zitierten Ukraine-Experten fiel Kuzio durch Sätze auf, die nicht nur eine angemessene Differenziertheit in der Sache vermissen ließen, sondern die auch durch die angegebene Quellenangabe gar nicht belegt wurden. Vgl. ebda, auf 46: „[A]ggresive and violent political culture is more a feature of Russian and Soviet nationalisms; Party of Regions deputies were always involved in and behind violence in the Ukrainian parliament and the Yanukovych presidency murdered and wounded Euromaidan protesters [sic!]“. Nicht nur ist der lapidare Verweis auf die Ermordung von Demonstranten auf dem Maidan anno 2014 durch die Janukowitsch-Regierung mindestens fragwürdig. Der Verweis auf einen Text von Ioulia Shukan aus dem Jahr 2013 (!) eignet sich nicht dafür, die Ermordung von Demonstranten auf dem Maidan durch die Janukowitsch-Regierung im Februar 2014 (!) in der Sache zu belegen. Vgl. demgegenüber die Auswertung einer Fülle von Datenmaterial durch Ivan Katchanovski, The Maidan Massacre in Ukraine: Revelations from Trials and Investigation, [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=2994347](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2994347) (zuletzt besucht am 03.12.22), der zu folgendem Schluss kommt: „The analysis shows patterns of ineffective and delayed Maidan massacre trials and the GPU [Prosecutor General Office of Ukraine] investigations, trumped-up charges, and ignoring, reversing, and covering-up of the evidence, which was revealed by the GPU own investigation and which pointed to the massacre of the protesters and the police by ‚snipers‘ [of far-right organizations] in the Maidan-controlled buildings and not [!] by the Berkut police.“

ben<sup>11</sup>, die von unvoreingenommenen Journalist/innen hinlänglich belegt und die von seriösen Wissenschaftler/innen kenntnisreich kommentiert worden sind<sup>12</sup>. Die wis-

---

<sup>11</sup> Vgl. zu den geostrategischen Interessen der USA seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, Defense Planning: Guidance FY 1994–1999, April 16, 1992, <https://www.archives.gov/files/declassification/iscap/pdf/2008-003-docs112.pdf> (zuletzt besucht am 13.11.22). Vgl. die Hinweise auf ökonomische und geopolitische Interessen der USA in Eurasien von George Friedman, Europe: Destined for Conflict? am 04.02.2015, [https://www.youtube.com/watch?v=QeLu\\_yyz3tc](https://www.youtube.com/watch?v=QeLu_yyz3tc) (zuletzt aufgerufen am 21.09.22). Vgl. zur Eskalationsstrategie der US-Regierung in der Ukraine den Bericht im Auftrag der RAND Corporation von James Dobbins et al, Extending Russia: Competing from Advantageous Ground (Santa Monica: RAND, 2019), 96: „This chapter describes six possible U.S. moves in the current geopolitical competition: providing lethal arms to Ukraine [sic!], resuming support to the Syrian rebels, promoting regime change in Belarus, exploiting Armenian and Azeri tensions, intensifying attention to Central Asia, and isolating Transnistria (a Russian-occupied enclave within Moldova). There are several other possible geopolitical moves discussed in other RAND research but not directly evaluated here – including intensifying NATO's relationship with Sweden and Finland, pressuring Russia's claims in the Arctic, and checking Russia's attempts to expand its influence in Asia.“ Vgl. zur Rolle Deutschlands vor Beginn des Krieges am 24. Februar 2022, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Drs.-Nr. 20/335 der Abgeordneten Sevim Dagdelen u. a. Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE zum Thema 'Deutsche Unterstützung der türkischen Drohnenproduktion durch die Bundesregierung und Hensoldt'. Vgl. zur militärischen Lage im Donbass im Februar 2022 den OSCE Daily Report 40/2022, 21 February 2022, [https://www.osce.org/files/2022-02-20-21%20Daily%20Report\\_ENG.pdf?itok=82567](https://www.osce.org/files/2022-02-20-21%20Daily%20Report_ENG.pdf?itok=82567) (zuletzt besucht am 13.11.2022).

<sup>12</sup> Vgl. zur breit angelegten Kultivierung eines Russland-Feindbilds in den USA seit der zweiten Präsidentschaft von George W. Bush, Andrej P. Tsygankov, Russophobia: Anti-Russian Lobby and American Foreign Policy (New York: Palgrave, 2009), 14. Vgl. zur gezielten Förderung einer neuen nationalen ukrainischen Identität durch die Regierung Juschtschenko etwa zur gleichen Zeit (2005–2010), Per A. Rudling, The OUN, the UPA and the Holocaust: A Study in the Manufacturing of Historical Myths, Carl Beck Papers in Russian & East European Studies No. 2107 (2011), 26: „A part of Yushchenko's 'Europeanization' of Ukrainian society included bringing collective memory more in line with the culture of memory of the European mainstream. In order to bridge the conflicting memories, the Yushchenko government needed to manufacture an edifying Ukrainian national past, a patriotic narrative that could partially reconcile the cult of [the Bandera wing of the Organization of Ukrainian Nationalists,] the OUN(b) and the U[krainian] I[nsurgent] A[rmy] with recognition of the Holocaust. The narratives developed by authoritarian groups in the diaspora required a significant make-over in order to make them marketable in the twenty-first century.“ Vgl. die Informationen über konzertierte westliche Versuche der Konfliktescalation im Osten der Ukraine nach dem Regierungswechsel von Janukowitsch zu Jazenjuk bzw. Poroschenko anno 2014 bei Christoph Schult & Klaus Wiegrefe, Gefährliche Propaganda: Ein Netzwerk um Nato-Oberbefehlshaber Philip Breedlove versuchte, mit zweifelhaften Informationen Waffenlieferungen in die Ukraine durchzusetzen, Der Spiegel 30 (2016), <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/145947650> (zuletzt besucht am 13.11.22). Vgl. zur Rolle des IWF sowie derjenigen der US-amerikanischen Regierung anlässlich des Scheiterns der Minsk I und II-Vereinbarungen, Michael Hudson, Ukraine and the New Economic Cold War, International Critical Thought 6:4 (2016), 556–569. Vgl. Kees van der Pijl, Flight MH17 Ukraine and the new Cold War: Prism of Disaster (Manchester: Manchester University Press, 2018), besonders 99–125. Vgl. Richard Sakwa, Frontline Ukraine: Crisis in the Borderlands (London: Tauris, 2015), 131. Vgl. dazu jüngst Volodymyr Ishchenko & Yuliya Yurchenko, Ukrainian Capitalism and Inter-Imperialist Rivalry, in: I. Ness & Z. Cope (Hg.), The Palgrave Encyclopedia of Imperialism and Anti-Imperialism (Wiesbaden: Springer, 2021), 2697–2715. Vgl. Jeffrey Sachs, Die Ukraine ist die neueste Katastrophe amerikanischer Neocons, Berliner Zeitung vom 30.06.22, <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verant>

senschaftliche Wahrheitssuche wäre im Sinne ihrer *professional responsibility* gut beraten gewesen, sich nicht aus Gründen einer unangemessenen politischen Korrektheit selbst zu zensieren.

Jeder Krieg gestaltet sich mittlerweile als eine ökologische Katastrophe; jeder Krieg lässt die Aussicht auf eine friedliche Integration der Weltgesellschaft/en im 21. Jahrhundert weiter schwinden; jeder Krieg birgt mittlerweile die Gefahr eines völlig unkalkulierbaren nuklearen Infernos. Und dennoch scheinen sich prominente Meinungsbildner/innen einig über die Unzeitgemäßheit jedweden Pazifismus<sup>13</sup> – im Widerspruch zum deutschen Grundgesetz und in einer Zeit, in der vor allen anderen Dingen kollektive Anstrengungen zur Verlangsamung des Klimawandels vernünftig wären. Aus der Perspektive eines gesunden Menschenverstands ist nicht nur die selektive und zum Teil völlig faktenbefreite Medienberichterstattung so irritierend<sup>14</sup>, wobei es dennoch befremdlich wirkt, dass die sogenannten Qualitätsmedien (nicht nur) in Deutschland in einem besorgniserregenden Ausmaß die Rolle von weltanschaulich festgelegten Parteien in den politischen Debatten übernommen haben<sup>15</sup>. Irritierend ist auch nicht allein das öffentliche Gebaren des Spezialistentums aus Einrichtungen, die sich verstärkt durch eine Normalisierung von Ökonomismus bzw. Bellizismus hervortun<sup>16</sup>; wobei es ebenfalls befremdlich wirkt, dass die Funktion

wortung/die-ukraine-ist-die-neueste-katastrophe-amerikanischer-neocons-li.242093 (zuletzt besucht am 01.12.22).

13 Vgl. Slavoj Žižek, Für Putin ist auch Deutschland eine potenzielle Kolonie, Die Welt, 23.06.2022 <https://www.welt.de/kultur/plus239509037/Slavoj-Zizek-Ein-Krieg-des-protestantischen-Erbes-gegen-die-autoritaere-Orthodoxie.html> (zuletzt besucht am 19.07.22).

14 Vgl. dazu u.a. Jeffrey Sachs, End Ukraine Proxy War or face 'Armageddon', <https://www.youtube.com/watch?v=g57ViSqmRFM> (zuletzt besucht am 22.11.22).

15 So wird von den Medien gerne der Eindruck erweckt, dass Bilder zuverlässige Informationen über das Kriegsgeschehen darstellten. Vgl. dazu aber Claudio Paganini, Werte für die Medien(ethik) (Baden-Baden: Nomos, 2020), 46–47: „Sie [Bilder] vermitteln die Illusion von Unmittelbarkeit und lassen vergessen, dass die Bildrezipienten Beobachter zweiter Ordnung bleiben, Bilder in hohem Maß menschlichen Einflussfaktoren ausgesetzt und daher im Kommunikationsprozess weniger in einer passiven Zeugenrolle als in einer aktiven journalistischen Rolle zu begreifen sind. Dazu kommt noch, dass Bilder primär illustrieren und daher nicht geeignet sind, komplexe Sachverhalte, die einer argumentativen Auseinandersetzung bedürfen, geeignet darzustellen oder zu erklären.“ Zu diesem Sachverhalt passt die Bemerkung von Christian Tuschoff, Distanzverbreiterung vs. Gemeinschaftsbildung: Die Rolle von Medien und Denkfabriken bei der Verarbeitung der Rede von Bundespräsident Gauck, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 8:Supplement 1 (2015), 99–122, 114–115: „Die Medien erfüllen nur in eingeschränktem Maß die Kriterien einer guten Debatte. Sie sind heute weniger denn je eine vermittelnde Brücke zwischen Staat und Gesellschaft [...]. Medien [...] wirken nicht als BrückenbauerInnen, sondern als Partei in den Debatten.“

16 Einschlägige Einrichtungen in Deutschland wären u.a. das *Institut der deutschen Wirtschaft*, die *Bertelsmann Stiftung* und das *Ifo-Institut* für Wirtschaftsfragen sowie die *Stiftung Wissenschaft und Politik*, der *German Marshall Fund*, die *Deutsche Gesellschaft für Außenpolitik*, der *European Council on Foreign Relations* oder auch das *Global Public Policy Institute* für Angelegenheiten der militärischen Sicherheitspolitik. Vgl. zu den letzteren Christoph Bertram & Christiane Hoffmann, Forschen und Beraten in der Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Analyse der deutschen Think-Tank-Landschaft, <https://www.>

dieser Klientel in einem immer stärkeren Ausmaß darin zu bestehen scheint, innerhalb der engen Parameter zu denken/argumentieren, die der Regierungspraxis zugrunde liegen, um die von ihr forcierten Weltläufe affirmativ begleiten zu können.

Irritierend ist aus der Perspektive eines gesunden Menschenverstands auch und vor allem die große gesellschaftliche Resonanz klischeehafter Vereinfachungen vieler Krisen sowie die weit verbreitete Ignoranz gegenüber der unauflöslichen Verknüpfung zwischen der westlichen Produktionsweise und den zahlreichen Ressourcenkriegen seit über hundert Jahren. Denn in dieser Resonanz bzw. Ignoranz offenbart sich die zunehmende Verbreitung eines konformistischen Mentalitätstypus, der sich neben – oder auch wegen – dem individuellen Hang zum Konsumhedonismus und zur Selbstoptimierung durch eine kindlich-naive Sehnsucht nach Einfachheit und eine egoistische Neigung zur Bestandswahrung auszeichnet. „Wollte man die Mentalität der Gegenwart auf einen einfachen Nenner bringen, dann hieße dieser: ängstliche Vermeidung alles Widerständigen, Risikobehafteten und Unberechenbaren.“<sup>17</sup> Im Sinne einer Bewältigungsstrategie von Unsicherheit und oft auch Abstiegsangst<sup>18</sup> tendiert der neue Konformismus zur Abkehr von zukunftsorientierten politischen Gesellschaftsentwürfen, zur Anpassung an die vorfindlichen Gegebenheiten und zur Abwehr von expliziter Kritik an realweltlichen Krisen, Ungerechtigkeiten und Ausbeutungsverhältnissen. Gleichzeitig besteht der neue Konformismus bei der Bejahung ‚seiner‘ heilen aber in aller Regel völlig weltfremden Wirklichkeitsvorstellung auf einer überlegenen Moralität – und spielt auf diese Weise „[...] unbeabsichtigt eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung destruktiver Entwicklungen.“<sup>19</sup>

Weniger weltanschaulich motivierte Selbstgerechtigkeit und mehr Bereitschaft zur intellektuellen Auseinandersetzung mit den politischen Voraussetzungen und Konsequenzen des westlichen Ökonomismus und Bellizismus wäre auf allen Seiten der deutschen bzw. westlichen Gesellschaft/en angesichts der Dringlichkeit von Maßnahmen zur Sicherung der menschlichen Existenzgrundlagen mehr als angebracht. Für Wissenschaftler/innen, die sich nicht fremdbestimmt und parteigebunden, sondern entsprechend dem Ethos ihrer Profession unabhängig und grundlagentheoretisch mit der politischen Praxis beschäftigen, sind es Gebote der beruflichen Pflicht. Bereits eine unreflektierte Wortwahl trägt dazu bei, unangemessene Denkfiguren, kategoriale Zuschreibungen und konzeptuelle Vorstellungen über die politische Praxis zu normalisieren. In dem Maß, wie jede Diskussion über

---

[bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2020-09/Forschen%20und%20Beraten%20in%20der%20Au%C3%9Fen-%20und%20Sicherheitspolitik.pdf](https://bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2020-09/Forschen%20und%20Beraten%20in%20der%20Au%C3%9Fen-%20und%20Sicherheitspolitik.pdf) (zuletzt besucht am 12.11.2022).

17 Cornelia Koppetsch, Die Wiederkehr der Konformität: Streifzüge durch die gefährdete Mitte (Frankfurt: Campus, 2013), 10.

18 Vgl. dazu Holger Lengfeld & Jessica Ordemann, Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014, Zeitschrift für Soziologie 46:3 (2017), 167–184.

19 Koppetsch, Die Wiederkehr der Konformität, a.a.O., 13.

Krieg und Frieden zwangsläufig auch moralische Fragen berührt<sup>20</sup>, ist es nicht nur eine Frage nach der intellektuellen Redlichkeit von Einzelwissenschaftler/innen sondern eine Frage nach der Existenzberechtigung der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB), dass sich die Deutung der Welt in Zeiten einer fundamentalen ökologischen und sozialen Krise mit einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung<sup>21</sup> sowohl um die Problematisierung klischeehafter Wirklichkeitsbeschreibungen als auch um die Destabilisierung dogmatischer Anschauungsweisen bemüht.

Die kritische Denktradition bietet nach der hier vertretenen Auffassung eine ganze Reihe sinnvoller Anknüpfungspunkte, um diesem Erfordernis in einer solchen Zeit der Krise gerecht zu werden. Aufgrund ihrer Marginalisierung im Kontext der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Krieg und Frieden, scheint es dringend geboten, auf ein Neues an ihre anspruchsvolle Heuristik zu erinnern. Im ersten Teil des vorliegenden Buches sollen deshalb entsprechende Gesichtspunkte rekonstruiert werden, die für eine kritische Haltung gegenüber den realweltlichen Verhältnissen charakteristisch sind. Nacheinander richtet sich der Blick in diesem Teil des Buches auf die Denkfigur der erkenntnistheoretischen Skepsis; die Konsequenzen aus einer anti-metaphysischen, weltimmanenten, begrifflich-dialektischen und vernünftigen Beschäftigung mit der Realität; die typischen Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit bürgerlicher Ordnung/en; die Rolle organischer Intellektueller bei der Herstellung und Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnungswelt; und schließlich die Implikationen einer kritischen Methode. Leser/innen, die sich mehr für die Fruchtbarmachung des ‚Kritischen‘ für die Deutung der realweltlichen Verhältnisse interessieren, sind gut beraten, diesen Teil zu überspringen und ihre Aufmerksamkeit dem zweiten Teil des Buches zu widmen.

Im zweiten Teil des Buches soll zunächst die bestenfalls halbherzige Rezeption des Kritischen im Kontext der akademischen Internationalen Beziehungen beschrieben werden. Auf einen zusammenfassenden Überblick mehr oder weniger kritischer Einfassungen auf den Gegenstandsbereich der IB folgen eingehendere Betrachtungen kritischer Theorien der IB entlang ihrer konfrontativen bzw. widerständigen Erkenntnisinteressen und Deutungsschemata. Dieser Teil des Buches endet mit einer kurzen nachdenklichen Auseinandersetzung mit der vergleichsweise jungen Strömung der so genannten postkritischen IB. Das Nachwort ist einer abschließenden Einordnung kritischer IB-Theorie in den zeitgenössischen wissenschaftlichen Kontext gewidmet. Unter

<sup>20</sup> Vgl. dazu u. a. Hedley Bull, International Theory: The Case for a Classical Approach, *World Politics* 18:3 (1966), 361–377, 368.

<sup>21</sup> Dementsprechend ergingen dazu etwa in Deutschland höchstrichterliche Feststellungen: Der Wissenschaft kommt gemäß dem Bundesverfassungsgericht eine „[...] Schlüsselfunktion [...] sowohl für die Selbstverwirklichung des Einzelnen als auch für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung [sic!]“ zu. BVerfGE 35, 79 (113). „Aus der Schlüsselfunktion der freien Wissenschaft für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung [sic!] folgt auch eine Verantwortung für die Sicherung ihrer Leistungsfähigkeit.“ Bundesverfassungsgericht, Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 4. November 2010 (Rn. 73) – 1 BvR 3389/08).

Berücksichtigung der dort vorherrschenden Idolatrie eines amerikanisierten ‚Besten-tums‘ kommt diese Einordnung erwartungsgemäß zu einem pessimistischen Ergebnis hinsichtlich der Rolle kritischer IB-Theorie als realweltlicher Kraft.

Bei der Recherche zum vorliegenden Buch hat Frau Annika Hille als wissenschaftliche Hilfskraft wertvolle Zuarbeiten geleistet. Für die Finanzierung dieser Tätigkeit bedanke ich mich ausdrücklich bei Herrn Professor Klaus Goetz in seiner Eigenschaft als geschäftsführender Direktor des Geschwister-Scholl-Instituts an der LMU München. Ein großer Dank gebührt zudem den engagierten Teilnehmer/innen zahlreicher Seminare zu kritischen Theorien des Staates bzw. der internationalen Beziehungen am Geschwister-Scholl-Institut. Dank schulde ich überdies dem Gruyter-Verlag und insbesondere Frau Anett Rehner und Herrn Stefan Giesen für die Geduld und Unterstützung während der Erstellung des Manuskripts in den rar gesäten Zeiten, die außerhalb der beruflichen Lehrverpflichtungen noch zur Verfügung standen. Und nicht zuletzt bedanke ich mich ganz herzlich bei meiner lieben Frau Regina für die emotionale und inhaltliche Unterstützung, die immer wieder erkennen ließ, dass jede noch so intensive Beschäftigung mit dem Kritischen am Ende auch nur so viel zu bewirken vermag. Die Verantwortung für den notwendig unfertigen Inhalt des Buches trägt allein der Autor.